



Bericht und Beschlussempfehlung

des Umwelt- und Agrarausschusses

ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2167

Der Antrag wurde federführend dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie mitberatend dem Europaausschuss durch Plenarbeschluss vom 27. Januar 2012 überwiesen. Der beteiligte Europaausschuss empfahl dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Der federführende Umwelt- und Agrarausschuss hat den Antrag in drei Sitzungen, zuletzt am 14. März 2012, beraten, und unterbreitet dem Landtag folgende Beschlussempfehlungen:

1. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Drucksache 17/2167 abzulehnen.
2. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den nachstehenden Antrag zu übernehmen und ihn zu beschließen

„Der Landtag stellt fest, dass bei den Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für Schleswig-Holstein in einigen Teilbereichen erhebliche Mittel noch nicht abgerufen wurden.

Darum fordert der Landtag die Landesregierung auf, im Rahmen der Programmsteuerung dafür Sorge zu tragen, dass keine ELER-Mittel für Schleswig-Holstein verlorengehen.“

3. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den nachstehenden Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Die Landesregierung wird gebeten, in der Januar-Tagung 2013 des Landtags einen aktualisierten Stand über den Mittelabfluss im ‚Zukunftsprogramm Ländlicher Raum‘ mit einer Finanzvorschau und gegebenenfalls erforderlichen einprozentigen Mittelumschichtungen vorzulegen. Flankierend wird ein Bericht erbeten, wie aus Sicht der Landesregierung und der Begleitgruppe mit allen Partnern im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich Veränderungen unter anderem in folgenden Bereichen erforderlich sind:

- Folgen des demographischen Wandels
- Erhalt der ländlichen Infrastruktur und Versorgungsstruktur
- Verbesserung der Mobilität
- Bürgerschaftliches Engagement
- Klimaschutz, Biodiversität und WRRL
- Stärkung der Wirtschaftskraft
- Sicherung der kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten“

Klaus Klinckhamer
Vorsitzender